



Corona: Bewährungs- probe für die Industrie

Sonderauswertung der 3. Corona Blitzumfrage

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

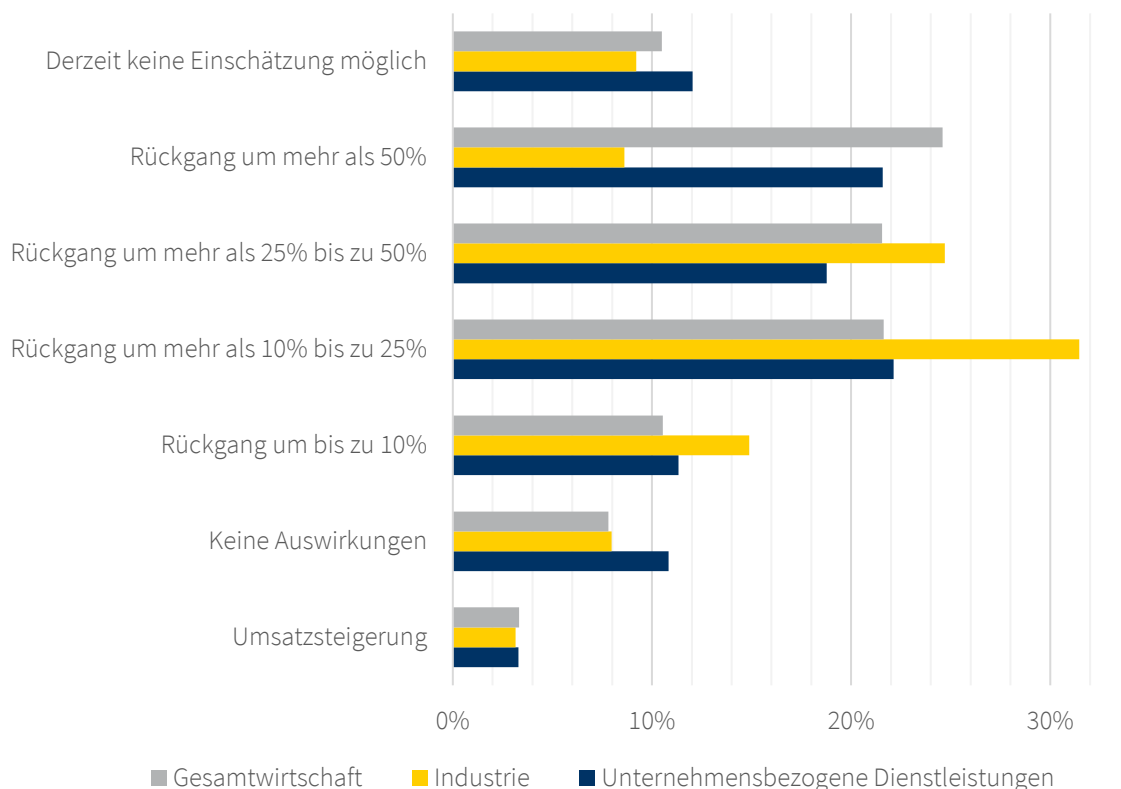
Netzwerk Industrie erwartet spürbare Umsatzrückgänge

Die Pandemie setzt das Netzwerk Industrie als produktive Verflechtung von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern vor Ort unter Druck. Acht von zehn Industrieunternehmen rechnen in diesem Jahr mit einem Rückgang ihres Umsatzes (Gesamtwirtschaft: 78 Prozent). Bei den unternehmensnahen Dienstleistern sind es fast drei Viertel, die von Umsatzeinbußen ausgehen. Sie sind als Dienstleister freilich zu einem guten Teil abhängig von der Entwicklung in der Industrie und spüren daher Verlangsamungen unmittelbar, wenn etwa Dienstleistungsaufträge ausgesetzt oder verschoben werden.

Im Branchenvergleich sind es besonders viele Industrieunternehmen (31 Prozent) – so viel wie in keiner anderen Branche –, die einen Rückgang um bis zu 25 Prozent ihres Umsatzes befürchten. Darunter sind viele Großunternehmen ab 1.000 Mitarbeiter (42 Prozent). Während jedes vierte Industrieunternehmen mit Umsatzeinbußen von 25 bis 50 Prozent rechnet, gehen neun Prozent von einem Rückgang um mehr als die Hälfte aus – bei den kleineren Industrieunternehmen bis 19 Mitarbeiter sind es sogar doppelt so viele. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern kalkuliert mindestens jedes fünfte mit einer Halbierung des Umsatzes. Da sie ihre Dienstleistungen nicht nur der Industrie, sondern auch anderen Branchen anbieten, wie z. B. Reinigungsdienste im Einzelhandel oder Gastgewerbe zeigt sich bei ihnen eine besonders große Betroffenheit seit Beginn der Krise.

Nur drei Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie rechnen mit Umsatzsteigerungen. Krisenbedingt zeigt sich bei vereinzelt Sektoren eine verstärkte Nachfrage z. B. nach Desinfektionsmitteln, Hygieneschutz oder auch Schutzausrüstungen.

Anteil der Unternehmen, die mit einem Umsatzrückgang für das Gesamtjahr 2020 durch COVID-19 rechnen

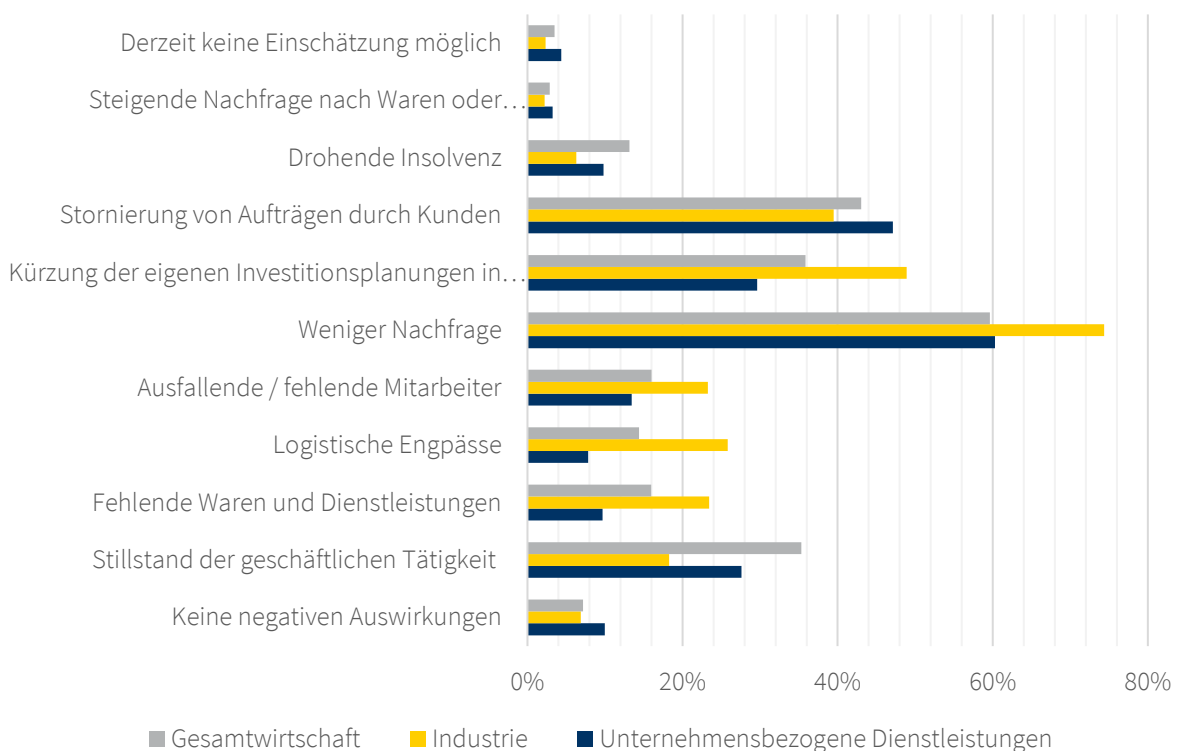


Notwendige Zukunftsinvestitionen werden ausgesetzt

Fast drei Viertel der Industrieunternehmen berichtet von einer geringeren Nachfrage nach ihren Produkten – einen auch im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (60 Prozent) bedrohlich hohen Wert. Auch die Stornierung von Kundenaufträgen nimmt zu, was sich bei vier von zehn Industrieunternehmen zeigt. Diese Entwicklung macht sich bei den unternehmensnahen Dienstleistern bemerkbar, bei denen fast jeder Zweite (47 Prozent) unter zurückgezogenen Aufträgen leidet. Zur fehlenden Nachfrage und den wegbrechenden Aufträgen kommt die Unsicherheit über die Entwicklung der Absatzmärkte hinzu – und das lähmt Investitionen. Fast jedes zweite Industrieunternehmen legt geplante Investitionen auf Eis oder streicht Investitionsbudgets zusammen – bei den Großunternehmen ab 1.000 Mitarbeiter sind es sogar zwei Drittel. Keine andere Branche setzt so stark den Rotstift bei den Investitionsplänen an wie die Industrie (Gesamtwirtschaft: 36 Prozent). Auch bei den Beschäftigungsplänen sind Anpassungen unumgänglich: 35 Prozent sehen sich gezwungen, Personal abzubauen, 61 Prozent planen ihre Beschäftigung zu halten und vier Prozent wollen mit zusätzlichem Personal in die nächsten Monate gehen. Die unternehmensnahen Dienstleister trifft es etwas weniger hart: Während 23 Prozent Personal abbauen müssen, rechnen 72 Prozent mit einem gleichbleibenden Personalbestand und vier Prozent sogar mit Aufstockung. Aufgrund der verschärften Hygienevorschriften dürfte z. B. die Nachfrage nach Reinigungsdienstleistungen stärken, wofür wiederum entsprechendes Personal benötigt wird.

Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf Geschäfte der Unternehmen

Mehrfachantworten möglich

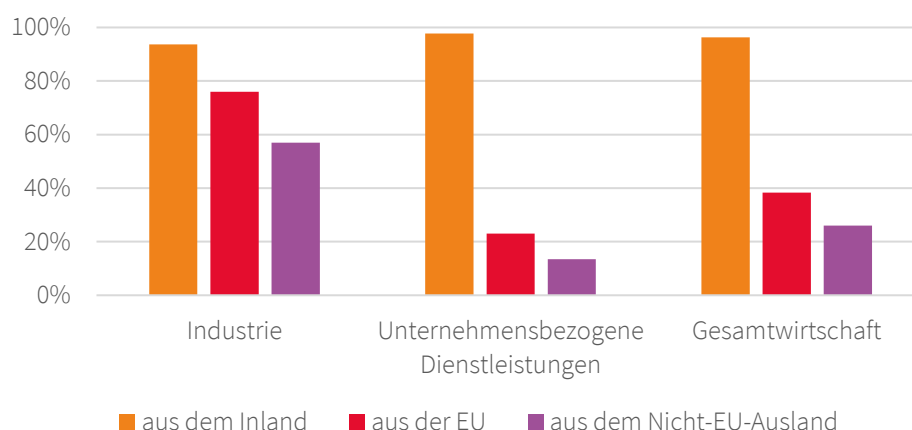


Exportmärkte wackeln

Als besonders exportorientierter Wirtschaftsbereich sorgt sich die Industrie neben der nachlassenden Nachfrage aus dem Inland vor allem um die internationalen Märkte. Drei Viertel der Industrieunternehmen rechnet mit einer geringeren Nachfrage aus den EU-Ländern, 57 Prozent aus dem Nicht-EU-Ausland. Sie zeigen im Branchenvergleich die größte Betroffenheit (Gesamtwirtschaft: 38 bzw. 26 Prozent), was freilich Ausdruck ihrer starken internationalen Verflechtung ist. Von einer geringeren Nachfrage aus dem Inland gehen 94 Prozent der Industrieunternehmen aus (Gesamtwirtschaft: 96 Prozent).

Nachfragerückgang

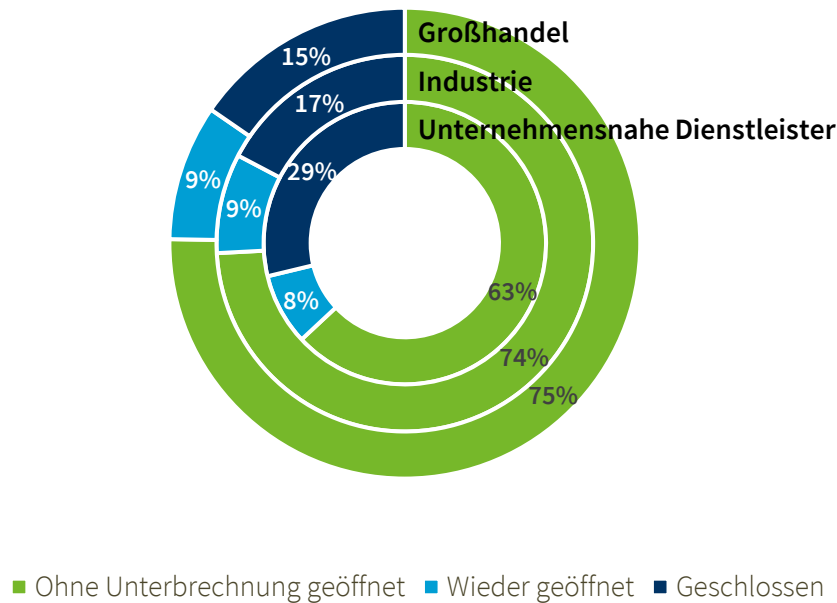
nach Regionen



Produktion läuft vielerorts eingeschränkt weiter

Von der Einstellung der Produktion oder der Schließung des Betriebes komplett oder zu großen Teilen betroffen zu sein, zeigen sich aktuell nur 18 Prozent der Industrieunternehmen (Gesamtwirtschaft: 35 Prozent). Mit dem Einhalten der entsprechenden Hygienevorschriften, etwa begegnungsfreie Schichtwechsel oder abstandskonformes Arbeiten, konnten die Betriebe weiterproduzieren – aber mit teils verringerten Kapazitäten. Der Großhandel ist mit rund 16 Prozent sogar noch etwas weniger betroffen. Insgesamt konnten 74 Prozent der Industrieunternehmen und Großhändler ohne Unterbrechung ihre Betriebe offen halten. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern sind es immerhin 63 Prozent – und damit deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft (53 Prozent).

Anteil der Schließungen

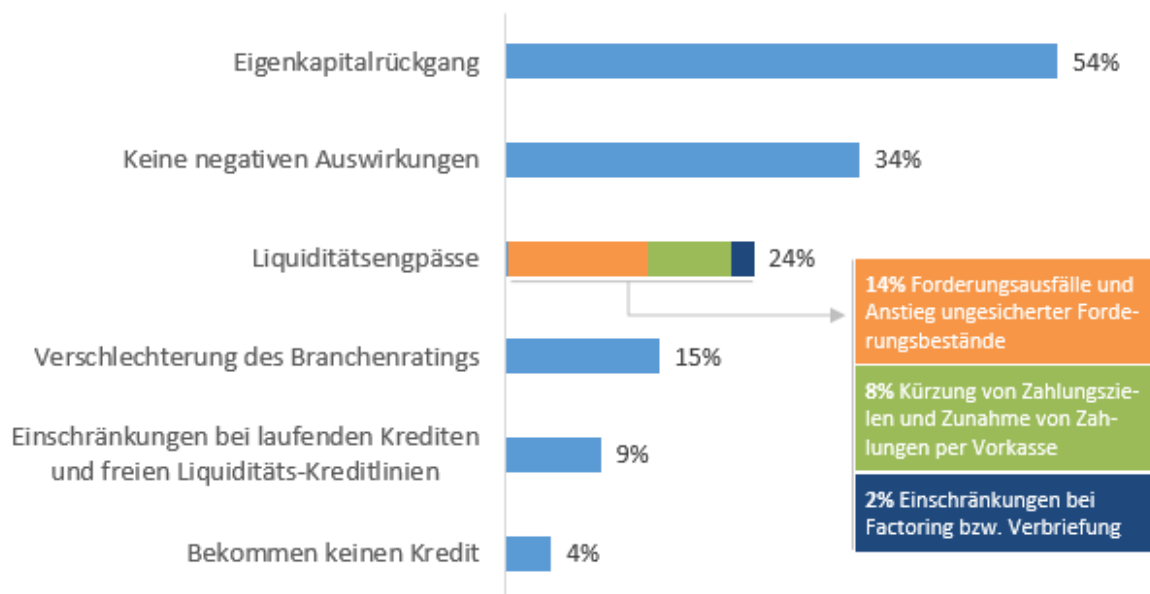


Allerdings schränken fehlende Waren und Dienstleistungen sowie ausgefallene Mitarbeiter – auch wegen teils geschlossener Kinderbetreuungen – die Geschäfte der Betriebe ein. Erschwerend hinzu kommen logistische Engpässe. Rund jedes vierte Industrieunternehmen zeigt sich von diesen Einschränkungen betroffen – mehr als in der Gesamtwirtschaft (16 Prozent). Keine negativen Auswirkungen auf die Geschäfte geben nur rund sieben Prozent der Industrieunternehmen an – bei den unternehmensnahen Dienstleistern und Großhändlern bemerkt rund jeder zehnte keine Auswirkungen (Gesamtwirtschaft: 7 Prozent).

Krise drückt auf die Eigenkapitalausstattung und führt zu Liquiditätsengpässen

Die Finanzierungsbedingungen der deutschen Wirtschaft haben sich mit der Coronavirus-bedingten Krise dramatisch verschlechtert: Fast drei Viertel aller Unternehmen spüren bereits negative Konsequenzen für ihre Finanzierungssituation. Auch in der weniger vom Lockdown in Deutschland direkt betroffenen Branchen Industrie, Großhandel und unternehmensbezogene Dienstleister äußern sich zwei Drittel der Betriebe als negativ betroffen. Aus Sicht der Industrieunternehmen ist der Eigenkapitalrückgang das schwerwiegendste Problem. Gut jeder zweite Betrieb (Gesamtwirtschaft: 57 Prozent) berichtet, dass der Umsatzeinbruch sowie der Wertberichtigungsbedarf das Eigenkapital der Unternehmen abschmilzt – bei kleineren Industriebetrieben bis 19 Mitarbeiter zeigen sich sogar 61 Prozent betroffen.

Auswirkungen der COVID-19 Krise auf die Finanzierungssituation der Industrieunternehmen Mehrfachantworten möglich



Liquiditätsengpässe beklagt fast jedes vierte Industrieunternehmen (Gesamtwirtschaft: 27 Prozent). Diese zeigen sich u.a. in einem verringerten Working Capital (Umlaufvermögen abzüglich kurzfristiger Verbindlichkeiten) der Unternehmen und stellen zudem ein hohes betriebswirtschaftliches Risiko dar. Als häufigste Ursache für Liquiditätsengpässe werden von der Industrie Forderungsausfälle und der Anstieg ungesicherter Forderungsbestände durch ausbleibende Zahlungseingänge benannt (73 Prozent, Gesamtwirtschaft: 72 Prozent). Zudem ergeben sich für fast die Hälfte der Industrieunternehmen Liquiditätsengpässe insbesondere durch die Kürzung von Zahlungszielen und der Zunahme von Zahlungen per Vorkasse an die Lieferanten (Gesamtwirtschaft: 39 Prozent), bei den Großunternehmen ab 1.000 Mitarbeiter sind es sogar 71 Prozent. Jeder zehnte spürt Liquiditätsengpässe zudem durch Einschränkungen bei Factoring bzw. Verbriefungen. Auch hier ist die Industrie stärker betroffen als die Gesamtwirtschaft (8 Prozent).

Zugang zu Fremdkapital noch ausreichend – auch wegen Sonderprogrammen

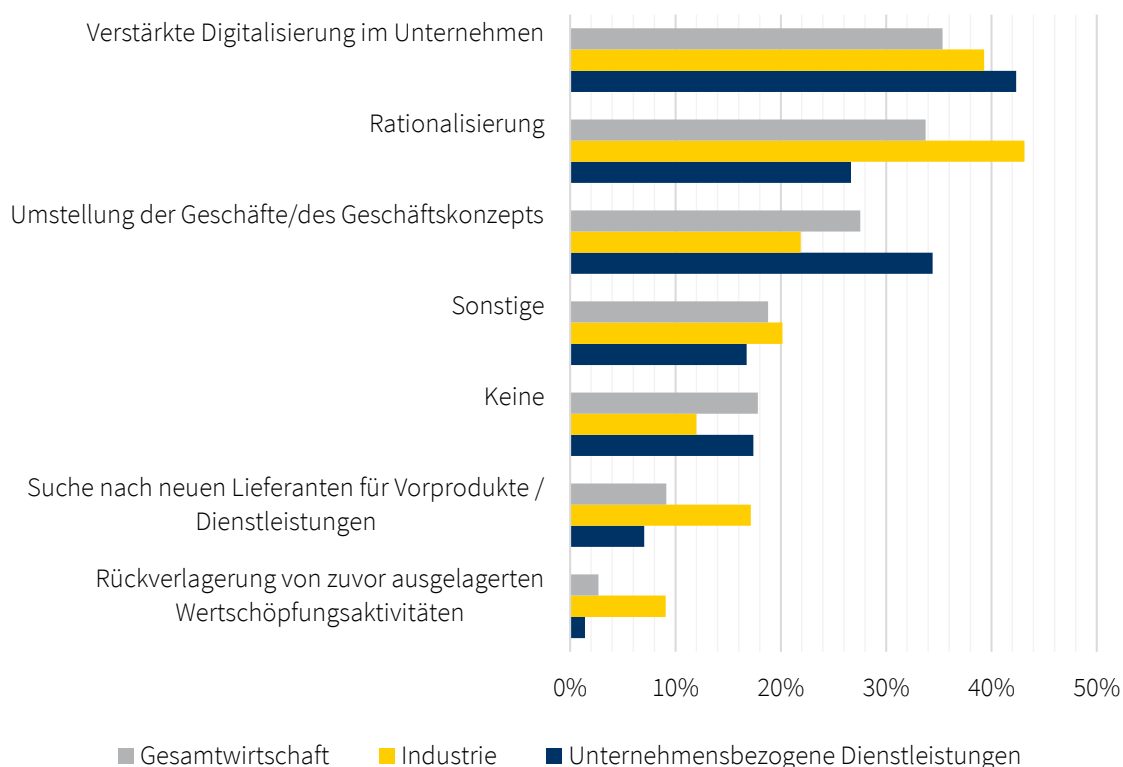
Rund 15 Prozent der Industriebetriebe sorgen sich um ihr Rating, welches sich vor allem aufgrund des sich eintrübenden konjunkturellen Umfelds und der gedämpften Branchenaussichten verschlechtern dürfte. Den Zugang zu Krediten scheint dies noch nicht übermäßig zu betreffen. Nur knapp jeder zwanzigste Industriebetrieb meldet, keinen Kredit in der Krise zu bekommen. Die von der Politik rasch eingesetzten KfW-Sonderprogramme und -Schnellkredite haben hier drohende Engpässe zunächst abgewendet. Insgesamt zeigt die Umfrage auf, dass Fremdkapital für viele Industriebetriebe bisher kein großes Problem ist. Vielmehr bestimmen die Eigenkapitalschmelze und die akuten Herausforderungen beim Working-Capital-Management die finanziellen Sorgen der Industrie. Daher ist es auch bei der Konzeption weiterer Hilfsmaßnahmen an der Zeit, dass sich der Wind dreht. Die deutsche Wirtschaft benötigt zur Sicherung der Industrie insbesondere Hilfsmaßnahmen in der Corona-Krise, die die Eigenkapitalausstattung sowie die Finanzierungsbedingungen in Lieferbeziehungen der Unternehmen stärken. Ansonsten verschlechtern sich die Ratings soweit, dass der noch offene Zugang der Industrie zu Fremdkapital versiegt. Dann aber ist die Finanzierung von Investitionen im Hochlauf nach der Corona-Krise kaum noch vorstellbar.

Krisenbewältigung vor allem durch Digitalisierung

Um den wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus zu begegnen, setzt die Industrie vor allem auf Rationalisierungsmaßnahmen (43 Prozent) und eine verstärkte Digitalisierung im Unternehmen (39 Prozent). Die fehlende Nachfrage und stellenweise die Schließung der Produktion erhöhen den Druck auf die Unternehmen, ihre Kosten zu senken und durch Home-Office sowie virtuelle Besprechungen wieder einen neuen Arbeitsablauf zu ermöglichen. Eine zunehmende Digitalisierung sind insbesondere für größere Industrieunternehmen und für die unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen die wichtigste Maßnahme, um Mitarbeitern die Weiterarbeit zu ermöglichen und Geschäfte aufrecht zu erhalten. Ein Drittel der Industriedienstleister, hier vor allem die kleineren Firmen, sieht zudem die Möglichkeit, zu Krisenzeiten ihr Angebot und die Produkte auf andere Märkte oder Kundengruppen umzustellen. In der Industrie ist dies immerhin bei 22 Prozent der Betriebe möglich.

Betriebliche Maßnahmen zur Begegnung der Krise

Mehrfachnennung möglich

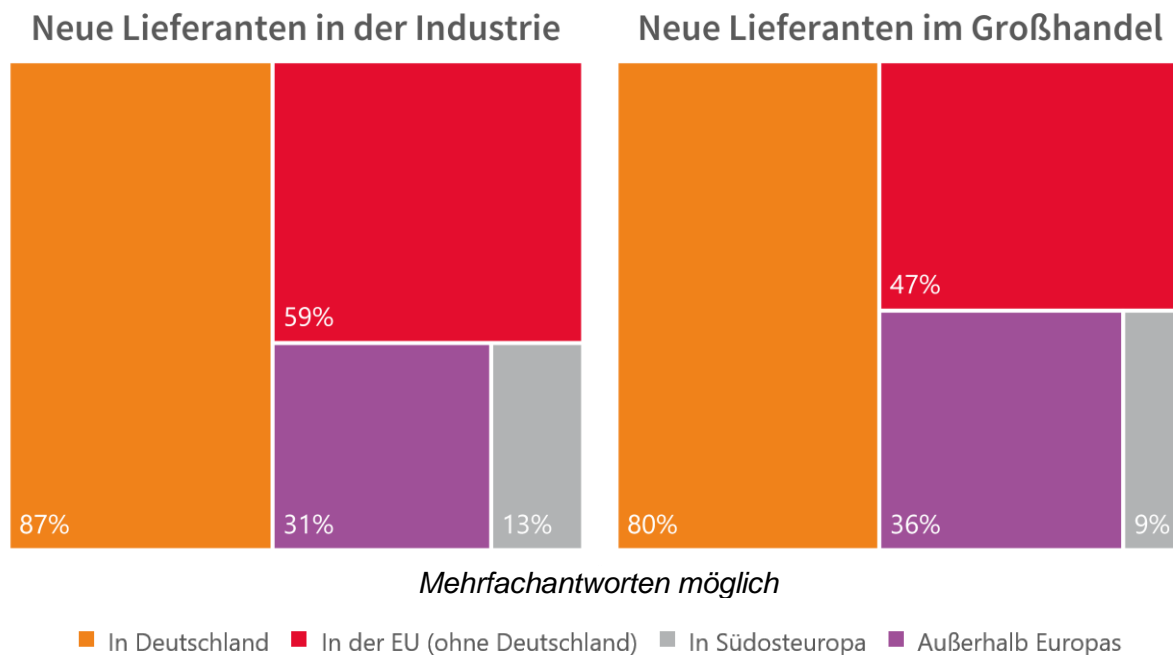


Störungen der Lieferketten offenbaren sich weiter

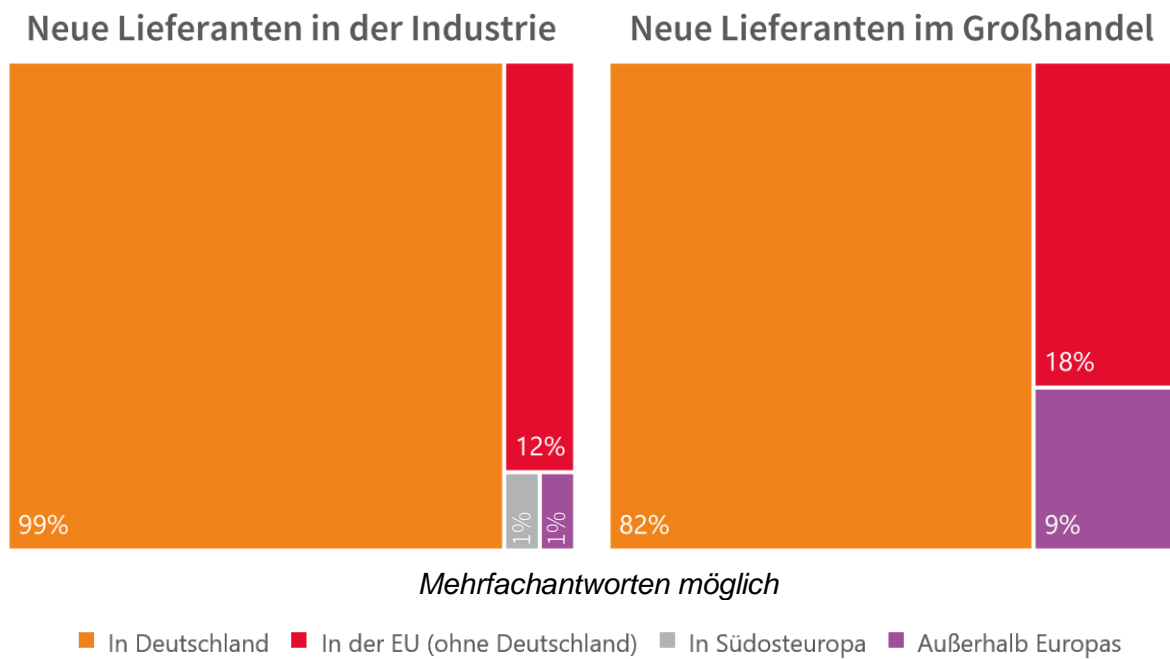
Für viele Industrieunternehmen und Großhändler ist die Suche nach neuen Lieferanten eine notwendige Maßnahme, um die Geschäfte aufrecht erhalten zu können und Ausfallrisiken zu mindern. Insgesamt sind es in beiden Branchen jeweils 17 Prozent, die auf andere bzw. zusätzliche Zulieferer als die bisher gewohnten ausweichen. Von den Industriebetrieben, die fehlende Waren und Dienstleistungen für ihre Produktion beklagen, ist jedes dritte (37%) auf der Suche nach neuen Lieferanten. Viele Lieferketten – national wie international – wurden durch die zahlreichen Maßnahmen zur

Eindämmung der Pandemie gestört. So haben zum Beispiel Grenzsicherungen den Transport von Waren verhindert oder internationale Produktionsausfälle zum Ausfall von Vorprodukten geführt. Auch die Quarantänemaßnahmen an vielen Grenzen weltweit, von denen auch Geschäftsführer und Mitarbeiter der Unternehmen betroffen sind, verhindern einen reibungslosen Ablauf der Lieferketten. Hinzu kommen zahlreiche neu eingeführte Handelshemmnisse und weltweite Exportverbote, zum Beispiel von Gesundheitsprodukten.

Die neuen Lieferanten für Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend in Deutschland (87 Prozent) und anderen EU-Ländern (59 Prozent) gesucht. Damit kommt es zumindest kurzfristig zu einer stärkeren Regionalisierung und Europäisierung von Lieferketten. In der Industrie suchen 31 Prozent der Betriebe auch außerhalb Europas nach geeigneten Herstellern der gewünschten Produkte, im Großhandel sind es sogar 36 Prozent. Das derzeitige Ausweichen auf andere Lieferanten oder andere Länder könnte dazu führen, dass Lieferkettenänderungen auch langfristig nach der Corona-Krise bestehen bleiben. Viele Unternehmen werden bei der Suche nach Lieferanten künftig wohl verstärkt auch deren Ausfallsrisiken zum Beispiel bei Pandemien bewerten. Zulieferer in Ländern, die effektiver und schneller auf das Coronavirus reagiert haben, könnten sich hier einen Vorteil ergattern.



Immerhin neun Prozent der Industrieunternehmen planen aktuell aufgrund der Schwierigkeiten mit den Lieferketten eine Rückverlagerung von zuvor ausgelagerten Wertschöpfungsaktivitäten. Wer zum Beispiel zuvor in Fabriken in Asien investiert oder eigene Produktion in Deutschland zu Gunsten von Lieferanten aus Südamerika abgebaut hat, könnte zukünftig wieder vermehrt hierzulande produzieren und investieren. In erster Linie dürften diese Verlagerungen nach Deutschland zurückgehen, 12 Prozent der Industriebetriebe mit Rückverlagerungsabsichten nennen aber auch die gesamte EU als Zielregion. Dieses Ergebnis ist ein erster Hinweis auf einen möglichen Trend hin zu mehr heimischer Produktion. Ob damit andere Investitionsmotive wie Kostenvorteil und Marktnähe etwas mehr in den Hintergrund treten, bleibt abzuwarten. Die Ergebnisse der Umfrage deuten aber auf eine Ausweitung der Lieferketten in sichere Märkte und auf eine regionale Diversifizierung hin – parallel zu einer weiterhin existierenden globalen Arbeitsteilung.



Methodik

Die Umfrage hat vom 4. bis 6. Mai 2020 stattgefunden. Rund 10.000 Unternehmen haben an der Umfrage teilgenommen.

Die Antworten verteilen sich auf die Industrie (18%), Baugewerbe (5%), Einzelhandel (12%), Großhandel (6%), Verkehr und Lagerei (4%), Reisewirtschaft (4%), Gastgewerbe 11%), Gesundheitswirtschaft (3%), Personenbezogene Dienstleistungen (12%), Unternehmensbezogene Dienstleistungen (24%).

Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1-19 Beschäftigte (63%), 20-199 Beschäftigte (27%), 200-499 Beschäftigte (5%), 500-999 Beschäftigte (2%), über 1.000 Beschäftigte (3%).

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Dr. Susanne Gewinnus, Kevin Heidenreich, Dr. Christian Fahrholz

Grafik

Katharina Huhn

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Mai 2020